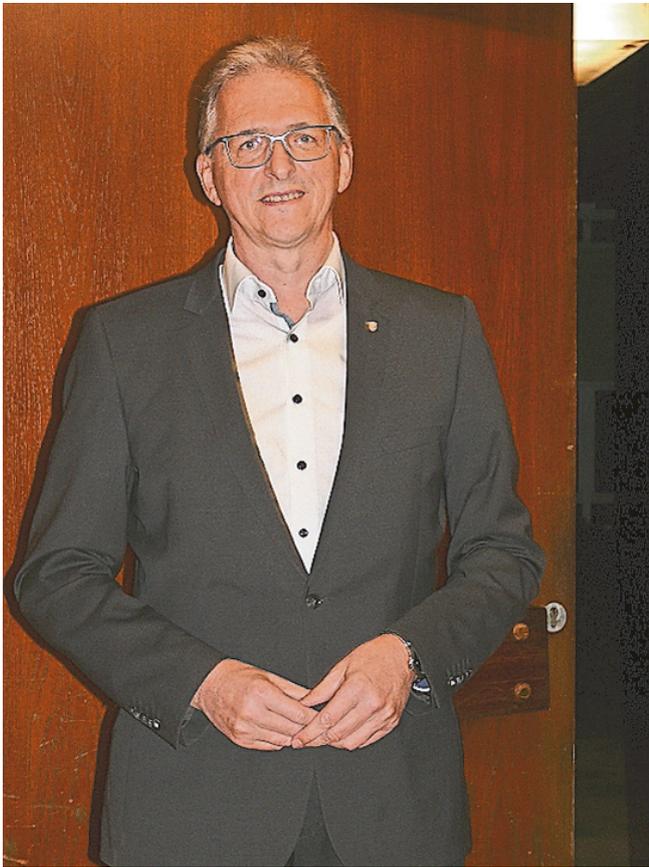


Gemeinderat schränkt Trolls Spielraum ein

Der Heimsheimer Bürgermeister darf nach Antrag künftig gewisse Personalentscheidungen nicht mehr alleine treffen.

SILKE FUX | HEIMSHEIM



Jürgen Troll darf künftig Verwaltungs- oder technisches Personal ohne die Zustimmung des Gemeinderats nicht einstellen. Foto: Fux

Heimsheims Bürgermeister Jürgen Troll hatte in der Gemeinderatssitzung gerade verkündet, dass die Dienstaufsichtsbeschwerde (die PZ berichtete) gegen ihn vom Landratsamt zurückgewiesen wurde. Noch in derselben Sitzung stand dem Heimsheimer Rathauschef die nächste kontroverse Diskussion mit den Fraktionen CDU, FWV, SPD und UWW und eine Beschneidung seiner Kompetenzen ins Haus. Während die Anpassung und Aktualisierung der Hauptsatzung in Sachen Personal aufgrund der Tarifautonomie meist Formsache und schnell vom Tisch ist, war dies in der Schleglerstadt anders. Durch einen Antrag von Doro Moritz (SPD), der von den oben genannten Fraktionen unterstützt wurde, kann die Verwaltung nun nur noch über Einstellungen im unteren Gehaltsbereich bis Entgeltgruppe vier – darunter fallen beispielsweise Reinigungskräfte und Amtsboten – selbst entscheiden. Alles andere – mit Ausnahme von Erziehungskräften –

muss durch den Gemeinderat oder durch den Verwaltungsausschuss beschlossen werden. Das bedeutet, dass der Bürgermeister künftig Verwaltungs- oder technisches Personal, wie Mitarbeiter des Bauhofs oder Hausmeister, ohne die Zustimmung des Gemeinderats nicht einstellen darf.

„Das ist ein Schaden für unsere Stadt, ein Rückfall in die Steinzeit“, machte Troll deutlich, der auf mehr bürokratischen Aufwand und auf einen erheblichen Wettbewerbsnachteil verwies.

„Wir machen uns unattraktiv, vergraulen Bewerber, wenn sie sich in solch einem großen Gremium vorstellen müssen. Das ist eine Entscheidung gegen das Gemeinwohl und ein unangebrachtes Machtverständnis einzelner Personen“, betonte Gaby Wulff (BfH). Hier werde in Hinterzimmer-Treffen unter Ausschluss der Öffentlichkeit Politik gemacht, monierte sie Absprachen zwischen den beteiligten Fraktionen und forderte eine namentliche

Abstimmung. „Mehr Transparenz zum Wohle für Heimsheim“, schrieben sich die Unterstützer des Antrags auf die Fahnen. „Wir haben in den letzten Jahren Unregelmäßigkeiten erlebt“, sagte Ralf Rüth (CDU), was Troll entschieden zurückwies. Doro Moritz, die fehlende Kommunikation monierte und Michael Teichmann (FWV), der Transparenz forderte, mitgenommen werden wolle und auch einen Überblick der Kosten ins Feld führte, sprangen Rüth zur Seite.

Auf die Kommunikation und Transparenz von der PZ angesprochen, verweist Bürgermeister Jürgen Troll auf Gemeinderatssitzungen unter Beteiligung aller Fraktionen, da auch ihm Transparenz sehr wichtig sei. Außerdem habe ein Bürgermeister keinen Vorgesetzten und vieles sei im täglichen Verwaltungsgeschäft Routine, laufe sehr gut, was nun geändert werden solle.

Unverständnis löste der Antrag beim Personalratsvorsitzenden Martin Wagner und bei der Leiterin des Amtes für Bildung und Soziales, Klara Schüßler, aus, die auf sehr schnelle Bewerbungsverfahren der Schleglerstadt verwies. Nach Einschätzung der Kommunalaufsicht ist der Beschluss des Gemeinderats zur neuen Aufteilung der Zuständigkeit zwischen Bürgermeister und Gemeinderat bei der Einstellung von Personal rechtmäßig. Ein weiterer Antrag zur Reduzierung des freien Vergabebetrag des Bürgermeisters um 10 000 Euro der entsprechenden Fraktionen liegt Troll bereits vor.